Schwerin, den 12. November 2026

Mehr Kinder- und Jugendmedienschutz in der digitalen Welt nötig!

Fachleute tauschten sich in Rostock über die Wirkung sozialer Medien und die Verbesserung der Medienbildung in MV aus

Wie können Kinder und Jugendliche in sozialen Medien geschützt und zugleich zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Medien befähigt werden? Und wie lassen sich die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern **„Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt"** in die Praxis übertragen?
Mit diesen Fragen beschäftigten sich am 10. November 2026 rund **70 Teilnehmende** beim **„5. Runden Tisch Medienkompetenz"** in Rostock, organisiert von der **Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern** und der **Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern**.

In seinem **Grußwort** betonte der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung MV, **Jochen Schmidt**, dass es für die Arbeit der Expertenkommission wichtig war, sowohl schulische als auch außerschulische Träger einzubeziehen: „Medienbildung findet an vielen unterschiedlichen Orten statt – gerade in unserem Flächenland Mecklenburg-Vorpommern und in einer vielfältigen, dezentralen Angebotslandschaft. Diese Perspektiven finden sich in den Handlungsempfehlungen der Kommission wieder. Nun kommt es darauf an, dass die Empfehlungen im politischen Raum aufgegriffen und Möglichkeiten der Umsetzung diskutiert werden. Wir brauchen Angebote der Medienbildung im ganzen Land – schulisch und außerschulisch."

In seinem Vortrag „Kinder- und Jugendschutz in den sozialen Medien – vom Bericht zur Praxis" verglich **Jens Landt-Kanieser** aus dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern die Handlungsempfehlungen der Landeskommission mit den Empfehlungen der unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt", die vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingesetzt worden war. Dabei zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung in den fachlichen Einschätzungen. Zugleich konkretisiert der Landesbericht die Empfehlungen mit Blick auf die besonderen strukturellen und regionalen Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns.

In der anschließenden **Diskussionsrunde** ging es unter anderem um mögliche Zugangsbeschränkungen und Verbote sozialer Medien, zudem um die Rechte von Kindern und Eltern sowie um die Beteiligung junger Menschen an Entscheidungen, die ihre digitale Teilhabe betreffen.

In drei **Workshops** setzten sich die Teilnehmenden mit zentralen Handlungsempfehlungen für die Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern auseinander. Sie diskutierten, wie sich Kinder- und Jugendschutz, Grundrechte und digitale Teilhabe miteinander vereinbaren lassen, wie Kinder und Jugendliche im Umgang mit KI und digitalen Medien gestärkt werden können und welche Angebote sowie weiteren Bedarfe es dafür im Land gibt. Außerdem entwickelten sie erste Überlegungen dazu, wie eine zentrale **Landesfach- und Koordinierungsstelle**

Medienbildung gestaltet werden könnte, um Akteurinnen und Akteure besser zu vernetzen und die Umsetzung der Empfehlungen zu unterstützen.

Die Veranstalter bedanken sich bei allen Teilnehmenden und Referierenden für ihr Engagement und die wertvollen Beiträge.

V. i. S. d. P.: Bert Lingnau, Direktor der Medienanstalt MV